

Einladung

zur 28. Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am
Mittwoch, 6. Juni 2018, im Anschluss an die gemeinsame Sitzung, Rathaus,
Hodlersaal

Hinweis: Die Sitzung beginnt im Anschluss an die gemeinsame Sondersitzung des
Stadtentwicklungs- und Bauausschusses, des Sozialausschusses, des Ausschusses für
Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) und des
Gleichstellungsausschusses

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
 1. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde gemäß § 36 der
Geschäftsordnung des Rates
 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 17.01.2018
 3. Anträge
 - 3.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweitung der Rechte des Gremiums "Runder
Tisch für Menschen mit Behinderungen"
(Drucks. Nr. 0342/2018)
 - 3.2. Antrag der AfD-Fraktion zu einem Planungsstopp zur Einführung eines
Diesel-Fahrverbotes
(Drucks. Nr. 0708/2018)
 - 3.3. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Erhöhung des Anteils von
gefördertem Wohnraum in Hannover
(Drucks. Nr. 1242/2018)
 4. Sonderprogramm für Straßenerneuerung – Grunderneuerung im Bestand
Erneuerung von Straßen im Stadtbezirk 06, Kirchrode-Bemerode-Wülferode
(Drucks. Nr. 1262/2018 mit 1 Anlage)
 5. Bericht der Verwaltung
 6. Anfragen und Mitteilungen

Schostok

Oberbürgermeister

1. Nachtrag zur Einladung

zur 28. Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am Mittwoch, 6. Juni 2018,
nach der Sondersitzung, Rathaus, Hodlersaal

Die Tagesordnung wird um folgende Tagesordnungspunkte bzw. folgenden
Tagesordnungspunkt erweitert:

4. Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Hannover im Netzwerk Erweiterter
Wirtschaftsraum Hannover
(Drucks. Nr. 1360/2018 mit 2 Anlagen) - bereits übersandt

Wegen der Eilbedürftigkeit wird zu diesem Tagesordnungspunkt gemäß § 72 Abs. 3, Sätze
3 und 4 in Verbindung mit § 59 Abs. 1, Satz 2 Niedersächsisches
Kommunalverfassungsgesetz und § 5 Abs. 1 und § 47 Geschäftsordnung des Rates
verkürzt eingeladen.

Schostok

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

28. Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am Mittwoch, 6. Juni 2018,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 16.00 Uhr
Ende 17.15 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Küßner	(CDU)	
Ratsherr Dr. Gardemin	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Dr. Clausen-Muradian	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Engelke	(FDP)	
Beigeordneter Hauptstein	(AfD)	i.V. für Ratsherrn Hirche
(Ratsherr Hirche)	(AfD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsherr Kelich	(SPD)	
Ratsherr Kreis	(SPD)	
Beigeordneter Machentanz	(LINKE & PIRATEN)	
Ratsfrau Pluskota	(SPD)	
Ratsherr Semper	(CDU)	

Beratende Mitglieder:

Herr Dickneite	(SPD)
(Herr Dipl.-Ing. Fahr)	
Herr Dipl.-Ing. Kleine	
Herr Spreng	
(Herr Dr. Stölting)	
Herr Weh	
Herr Winter	(Bündnis 90/Die Grünen)
(Herr Wippach)	

Grundmandat:

Ratsherr Förste	(Die FRAKTION)
Ratsherr Wruck	(DIE HANNOVERANER)

Verwaltung:

Stadtbaurat Bodemann	Dezernat VI
Herr Clausnitzer	PR
Frau Gruber	Dezernatscontrolling
Frau Dr. Fröhlich	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Frau Malkus-Wittenberg	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Zunft	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Frau Linkersdörfer	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Dr. Schlesier	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Wydmuch	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Schalow	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Lüdtko	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Bode	Fachbereich Tiefbau
Herr Freiwald	Fachbereich Tiefbau
Frau Reuse	Fachbereich Rechnungsprüfungsamt
Frau Zingsheim	Fachbereich Wirtschaft
Herr Dix	Büro Oberbürgermeister

Tagesordnung:

- I. ÖFFENTLICHER TEIL
 1. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Rates
 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 17.01.2018
 3. Anträge
 - 3.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweitung der Rechte des Gremiums "Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen"
(Drucks. Nr. 0342/2018)
 - 3.2. Antrag der AfD-Fraktion zu einem Planungsstopp zur Einführung eines Diesel-Fahrverbotes
(Drucks. Nr. 0708/2018)
 - 3.3. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Erhöhung des Anteils von gefördertem Wohnraum in Hannover
(Drucks. Nr. 1242/2018)
 4. Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Hannover im Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover
(Drucks. Nr. 1360/2018 mit 2 Anlagen)
 5. Sonderprogramm für Straßenerneuerung – Grunderneuerung im Bestand Erneuerung von Straßen im Stadtbezirk 06, Kirchrode-Bemerode-Wülferode
(Drucks. Nr. 1262/2018 mit 1 Anlage)
 6. Bericht der Verwaltung
 7. Anfragen und Mitteilungen
- II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

8. Abschluss eines Vertrages
(Drucks. Nr. 1029/2018 mit 1 Anlage)
9. Visaprüfung 2017
(Informationsdrucks. Nr. 1213/2018)
10. Bericht der Verwaltung
11. Anfragen und Mitteilungen

I. ÖFFENTLICHER TEIL

Ratsherr Küßner eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde mit folgenden Änderungen mit 10 Stimmen dafür, 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen genehmigt:

TOP 4. auf Wunsch von der CDU-Fraktion formal zu behandeln

TOP 3.1 auf Wunsch von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen formal zu behandeln

TOP 3.3 wurde von der AfD in die Fraktion gezogen.

1. **Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Rates**

Es gab keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 17.01.2018**

Das Protokoll wurde mit 10 Stimmen dafür, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

3. **Anträge**

- 3.1. **Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweitung der Rechte, des Gremiums „Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen“
(Beschlussdrucks. Nr. 0342/2018)**

Die Beschlussdrucks. Nr. 0342/2018 wird auf Wunsch der Fraktion Bündnis90/Die Grünen formal behandelt.

- 3.2. **Antrag der AfD-Fraktion zu einem Planungsstopp zur Einführung eines Diesel-Fahrverbotes
(Beschlussdrucks. Nr. 0708/2018)**

Beigeordneter Hauptstein warb für den Antrag und machte deutlich, Stickstoffoxid und Feinstaub seien seiner Ansicht nach nicht für ein Diesel-Fahrverbot verantwortlich. Es sei einleuchtend, dass das punktuelle Verbot in einer Zone nicht dazu führe, dass weniger Dieselaautos in der Stadt unterwegs seien. Es verlängere sich nur die Fahrtstrecken,

wodurch noch mehr Immissionen verursacht werden. Auf die gesamte Stadt gesehen, sei die Maßnahme deshalb sinnlos.

Ratsherr Semper meinte, die Straßensperrungen in Hamburg hätten gezeigt, dass ein Fahrverbot keinen nennenswerten Effekt habe. Eine punktuelle Sperrung verlagere lediglich das Problem. Er sehe den zweifelhaften Modellversuch auf Beschluss der Ampel demnach diametral zum Beschluss des Rates. Seine Fraktion sei gegen Dieselfahrverbote.

Ratsherr Kelich widersprach, dass es gar nicht um Feinstaubwerte und CO₂-Immissionen gehe, sondern das Problem der NO_x-Wert sei. Er sehe die Kontrolle der Dieselfahrverbote auf Grund des Aufwandes skeptisch. Er halte ein Fahrverbot auch nicht für das probate Mittel, sehe aber zurzeit keine Rechtsgrundlage für Handlungen. Der Antrag sei aus seiner Sicht irreführend und deshalb abzulehnen.

Ratsherr Engelke betonte, er befürworte Fahrverbote ebenfalls nur dann, wenn man durch den Gesetzgeber dazu gezwungen werde. Er verteidigte jedoch die Verwaltung, alle Maßnahmen bereits frühzeitig zu prüfen. Das sei richtig so und bedeute nicht automatisch auch deren Umsetzung. Man müsse das Wohl aller Menschen in dieser Stadt im Auge behalten.

Ratsherr Wruck wunderte sich, dass alle gegen ein Dieselfahrverbot seien, den Antrag jedoch ablehnen. Seiner Ansicht nach sei der Antrag sachlich in Ordnung und ihm sei deshalb zuzustimmen. Die Luft in Hannover halte er zwar gar nicht für so schlecht, aber es seien Verbesserungen in der Technik der Diesel- oder Ottomotoren und in der Landwirtschaft notwendig. Deshalb sei es töricht, den Diesel als langlebigsten, zuverlässigsten und preiswertesten Motor abzuschaffen. Vor allem die Vielfahrer*innen und Pendler*innen seien besonders betroffen.

Beigeordneter Hauptstein betrachtete die Grenzwerte der EU als völlig absurd. Des Weiteren gebe es keinen objektiven Nachweis, dass sich die Überschreitung der 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel gefährlich für die Bevölkerung auswirke.

Ratsherr Förste betonte, er sei flächendeckend für Dieselfahrverbote. Seiner Meinung nach übe nicht der Gesetzgeber Zwang aus, sondern die Gerichte. Er finde es schade, dass die Gerichte die Politik zwingen müssen, die Gesundheit der Menschen nicht zu gefährden. Aus seiner Sicht sei es möglich, die Städte immissionsfrei zu bekommen, wie beispielsweise in Stockholm und Madrid. Die Gesundheit der Menschen sei in jedem Fall wichtiger als der Profit der Autoindustrie.

Beigeordneter Machentanz sah keine Alternativen, wenn die Deutsche Umwelthilfe die Klage gewinne und es Dieselfahrverbote gebe. Er sei auch gegen ein Fahrverbot, aber man müsse sich anstrengen, bessere Lösungen zu finden.

Ratsherr Dr. Gardemin betonte, die Gesundheit der Menschen dieser Stadt sei das Wichtigste und dazu gehöre auch die Verbesserung der Luft. Er wundere sich, dass so wenig Rücksicht auf die Menschen an der Marien- oder Friedrich-Ebert-Straße genommen werde. Seiner Meinung nach werde lediglich die Automobilindustrie geschützt. Die Nöte der Dieselfahrer*innen werden hingegen ebenfalls nicht berücksichtigt, allerdings gebe es Möglichkeiten, sich gegen die Autoindustrie zu wenden. Es sei enttäuschend, dass die Bundesregierung nichts unternehme, sondern sich als Schutzpatron der Autoindustrie zeige und die Bevölkerung im Stich lasse. Er halte die blaue Plakette für den richtigen Weg. Er habe Verständnis für Sperrungen einzelner Straßen, weil sich die Ausweichmöglichkeiten nicht 1:1 in der Nachbarschaft verteilen. Seiner Meinung nach seien die Diesel-PKWs, die Verursacher der Misslage.

Ratsherr Kreis sah es als abenteuerlich, sich über Verwaltungsgerichtsentscheidungen hinwegzusetzen. Im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen habe es einen sehr ausführlichen Vortrag der Verwaltung gegeben, was anhand von Modellrechnungen unternommen werde. Die Stadt Hannover tue sehr viel für bessere Luft, z.B. im Radverkehr. Er halte aber nichts von einzelnen Streckensperrungen, wie das Beispiel Hamburg zeige. Bis Mitte 2020 gebe es definitiv ein Problem in der Marien- und Friedrich-Ebert-Straße. Ab 2020 seien jedoch die EU-Richtlinien einzuhalten, sonst verstoße man gegen geltendes Recht.

Ratsherr Wruck sah die Probleme eher in der Straßenführung innerhalb der Innenstadt. Der südöstliche Teil der Innenstadt, der aus der Marienstraße und dem Schiffgraben bestehe, sei seiner Ansicht nach konstruktionsbedingt nicht richtig ausgebaut. Die Marienstraße sei eine Schlucht in Richtung Aegi. Darüber hinaus sei die Königstraße gesperrt. Dadurch entstehe ein Rückstau bis zur Berliner Allee, was wiederum erhebliche Abgase erzeuge. Er verstehe nicht, warum die Stadt diesen Fehler nicht längst behoben habe.

Ratsherr Kreis zitierte aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 27.02.2018. Demnach erweise sich ein auf bestimmte Straßen oder Straßenabschnitte beschränktes Verkehrsverbot für bestimmte Dieselfahrzeuge als die einzig geeignete Maßnahme zur schnellstmöglichen Einhaltung der Stickstoffdioxidgrenzwerte.

Ratsherr Kelich meinte, dass dieses Urteil einer gesetzlichen Vorgabe gleichkomme. Man müsse vernünftige Alternativen und attraktive Verkehrsformen schaffen und zum Beispiel den Radverkehr oder den ÖPNV ausbauen. Er sehe es als kontraproduktiv, dass der Stadtbahnausbau blockiert werde, den der Rat der Landeshauptstadt Hannover einstimmig gefordert habe. Der massive Ausbau des ÖPNV müsse eingefordert werden. Nur mit verschiedenen Verkehrsformen erhalte man eine vernünftige Luftqualität. Für die Gesundheit der Menschen müsse ein Handeln erfolgen. Mit Straßensperrungen komme man nicht weiter, diese würden lediglich die Anwohnerstraßen zusätzlich belasten.

Beigeordneter Hauptstein meinte zu dem Urteil des BVerwG, dass es für die Kommune noch die Möglichkeit gebe, das Bundesverfassungsgericht als nächsthöhere Instanz einzuschalten. Die „Grüne Welle“, die seit Jahren von den Parteien blockiert werde, könnte die Situation seiner Ansicht nach verbessern. Dafür müsse der ÖPNV auch mal ein paar Sekunden warten. Außerdem wies er daraufhin, dass sich die Diesel-PKW in der Region stetig vermehren, die Stickoxidbelastung in der Stadt jedoch stetig abnehme.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss lehnte die Drucksache Nr. 0708/2018 mit 1 Stimme dafür, 10 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen ab.

3.3. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Erhöhung des Anteils von geförderten Wohnraum in Hannover (Beschlussdrucks. Nr. 1242/2018)

Der Antrag wurde von der AfD in die Fraktion gezogen.

4. Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Hannover im Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover (Beschlussdrucks. Nr. 1360/2018)

Die Beschlussdrucksache wurde auf Wunsch der CDU-Fraktion formal behandelt.

- 5. Sonderprogramm für Straßenerneuerung - Grunderneuerung im Bestand – Erneuerung von Straßen im Stadtbezirk 06, Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Beschlussdrucks Nr. 1262/2018)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache Nr. 1262/2018 mit 8 Stimmen dafür, 3 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen zu.

6. Bericht der Verwaltung

Stadtbaurat Bodemann teilte mit, dass der neue Lagebericht zur Stadtentwicklung an die Mitglieder des Ausschusses verteilt worden sei.

Stadtbaurat Bodemann machte darauf aufmerksam, dass am Dienstag, den 12. Juni 2018 um 16 Uhr auf dem Steintorplatz der Auftakt für die Bürger*innenbeteiligung zur Zukunft des Steintorplatzes stattfindet.

7. Anfragen und Mitteilungen

Es gab keine Anfragen und Mitteilungen

Ratsherr Küßner schloss die Sitzung um 17.15 Uhr

Bodemann
Stadtbaurat

Döring
Schriftführerin



Geschäftsbereich Oberbürgermeister	
09. Feb. 2018	18.60 ✓
In Prot. 8 Uhr	
Sds.	11.60

07. Februar 2018

In den Sozialausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Sportausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Antrag gem. der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

„Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen“

Antrag zu beschließen:

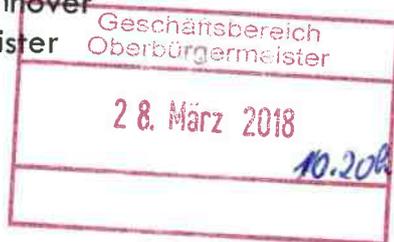
Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden „Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen“ analog den Rechten des Seniorenbeirates mit dem Zugang zu den relevanten Fachausschüssen auszustatten.

Begründung:

Bisher ist der „Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen“ eher ein Gremium, das reaktiv über ihn betreffende Sachverhalte informiert wird und diese diskutiert. Um eine effizientere und aktivere Mitgestaltung und Teilhabe bei Themen, die diesen Personenkreis betreffen, zu gewährleisten, müssen die bestehenden Rechte im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Geschäftsordnung des Rates um ein Präsenz- und Mitspracherecht erweitert werden.


Jens Seidel
Vorsitzender

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Stefan Schostok
Tramplatz 2
30159 Hannover



Hannover, den 27.03.2018

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Planungsstopp Diesel-Fahrverbot

Die Ratsversammlung möge beschließen,

dass die Verwaltung mit sofortiger Wirkung sämtliche Planungen unterlässt, Diesel-Fahrverbote in Hannover einzuführen.

Begründung:

Tausende Bürger sollen daran gehindert werden, mit ihrem Diesel-Auto zur Arbeit oder ihre Kinder zur Schule zu fahren. Das ist nichts anderes als das massive Einschränken der Freiheit der Menschen. Wer sich für einen Diesel entscheidet ist zumeist Vielfahrer und somit auf das Fahrzeug angewiesen. In Hannover werden nun unter dem Deckmantel des „Umweltschutzes“, angetrieben von dem Verein „Deutsche Umwelthilfe“, der sich zu ca. 1/3 aus Abmahnungen finanziert¹, ohne Sinn und Verstand Maßnahmen geplant, die das alltägliche Leben vieler Bürger zutiefst einschränken, vielen lokalen Unternehmen finanziellen Schaden zufügen und an der Realität weit vorbeigehen.

Schon 2010 hat das „Fraunhofer Institut“ festgestellt, dass Umweltzonen „nicht nur wirkungslos für die Belastung durch Feinstaub, sondern auch durch Stickstoffdioxid“ sind und sogar eine Senkung der Stickstoffdioxidemissionen verhindern².

¹ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diesel-afaaere/deutsche-umwelthilfe-bekommt-geld-von-toyota-14256098.html>

² https://www.ivi.fraunhofer.de/content/dam/ivi/de/dokumente/pressemitteilung/2011/PI_Fraunhofer-Npx.pdf

Stickstoffdioxid:

In der Außenluft setzt die EU 40 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahresmittel als Grenzwert fest, lässt aber an einigen Arbeitsplätzen bis zu 950 Mikrogramm pro Kubikmeter zu, 8 Stunden am Tag und 40 Stunden die Woche. Bei Tierversuchen ließen sich Atemwegsreizungen jedoch erst ab einer Konzentration von 8.000 Mikrogramm pro Kubikmeter nachweisen.

Feinstaub:

Hier liegt der Tagesgrenzwert bei 50 Mikrogramm pro Kubikmeter. Bis zu 40 Mikrogramm pro Kubikmeter der Feinstaub-Emissionen sind natürlichen Ursprungs und durch die Sonneneinstrahlung verursacht. Demgegenüber steht die durch den Autoverkehr bedingte Feinstaub-Emissionen von lediglich 5-8 Mikrogramm pro Kubikmeter, von denen etwa 85% keineswegs durch Dieselmotoren, sondern durch Aufwirbelungen und normalen Abrieb der Reifen und Bremsen verursacht werden.

Diese somit offenkundig willkürliche Festlegung von Grenzwerten unter Ignorierung der vorhanden wissenschaftlichen Erkenntnisse darf nicht in einer blinden Durchsetzung zu Lasten der Dieselfahrer Hannovers gipfeln. Wenn der Stadtrat es wirklich ernst meint mit der Luftverbesserung in unsrem Hannover, sollte er sich auf einen flüssigeren Verkehr konzentrieren, wie das Fraunhofer Institut empfiehlt. Denn „bei flüssigem Verkehr ist der Stickstoffdioxidausstoß je nach Straßentyp und Geschwindigkeit um 29 bis 55 Prozent geringer als bei Stop & Go“³.

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Diesel-Fahrzeuge weiterhin Hannovers Straßen uneingeschränkt nutzen können und die geplante Enteignung von Hannovers Autofahrern ausgesetzt wird.

Mit freundlichem Gruß



Sören Hauptstein

Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH

³ https://www.ivf.fraunhofer.de/content/dam/ivf/de/dokumente/pressemitteilung/2011/PI_Fraunhofer-Nox.pdf



In

- den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Gruppenvorsitzender
Dirk Machentanz

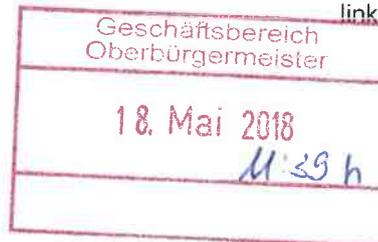
☎ 05 11 - 168 326 00

☎ 05 11 - 168 326 08

Zur Kenntnis an den

- Sozialausschuss
- Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung

linke.piraten@hannover-rat.de



1860

2018-05-18

Antrag

gemäß §§ 10 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

ERHÖHUNG DES ANTEILS VON GEFÖRDERTEM WOHNRAUM IN HANNOVER

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Vertragspartnern der „Wohnungsbauoffensive 2016“ eine Anpassung der Ziele dahingehend zu verhandeln, dass

1. der Anteil des geförderten Wohnungsbaus künftig mindestens 30 % beträgt und
2. 50 % des geförderten Wohnungsbaus belegrechtsgebunden sind.

Begründung:

Zu 1.

Seit Unterzeichnung der „Wohnungsbauoffensive 2016“ entwickelt sich der Wohnungsmarkt beschleunigt in Richtung immer höherer Mietzinsen und Flächenpreise bei Eigentumserwerb. Diese Entwicklung trifft schwächer gestellte Bevölkerungsteile besonders.

Fast zwei Jahre nach Unterzeichnung der „Wohnungsbauoffensive 2016“ kann eine wirkliche Wohnungsmarkt-Entlastung nicht festgestellt werden. Darunter leiden insbesondere die auf geförderten Wohnungsbau angewiesenen Mieterinnen und Mieter. Hier ist eine Entlastung nur möglich über eine Erhöhung des relativen Anteils geförderten Wohnungsbaus am Gesamtwohnungsbau.

Schon in der Anlage zu Drs. 1441/2016 („Wohnungsbauoffensive 2016“) hieß es auf Seite 6 der Version vom 6. Juni 2016 im 2. Absatz des Kapitels „Bezahlbaren Wohnraum schaffen“: „Der Anteil des geförderten Wohnungsbaus am im Rahmen der Wohnungsbauoffensive errichteten Wohnungsbau soll mindestens 25 bis 30 % betragen.“ In der Urfassung der Verwaltung war also ein 5-Prozent-Korridor in Richtung 30 Prozent vorgesehen. Dieser 30-Prozent-Anteil soll nun mit dem Antrag erreicht werden.

Zu 2.

Insbesondere die städtischen Belegrechtwohnungen sind in ihrer Anzahl zu niedrig angesetzt. Die auslaufenden, in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehenden Belegrechtwohnungen übersteigen teilweise den Anteil der neu verfügbaren Belegrechte. Dies wird auf keinem Fall dem steigenden Bedarf in diesem Wohnungssegment gerecht. Um den erhöhten Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Hannover abzudecken, sollten künftig beim öffentlich geförderten Wohnraum 50 % städtische Belegrechtwohnungen sein. Dieser Ansatz ist auch für die private Wohnungswirtschaft interessant, weil sie so auf weitere öffentliche Förderungen zugreifen kann.

Dirk Machentanz

Dirk Machentanz

Vorsitzender

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und
Liegenschaftsangelegenheiten
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 1360/2018
Anzahl der Anlagen 2
Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Hannover im Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover

Antrag,

der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Hannover in das Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover zuzustimmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Mit der Mitgliedschaft im Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover sind die Interessen von Frauen und Männern in gleichem Maße berührt.

Kostentabelle

Für die Mitgliedschaft entstehen jährliche Aufwendungen in Höhe von 4.400 €, die aus dem Produkt 57102 Wirtschaftsförderung getragen werden.

Begründung des Antrages

Das Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover wurde im Oktober 2010 als Nachfolgeorganisation des Städtenez EXPO-Region gegründet. Es verbindet die Städte Celle, Hameln, Hildesheim, Nienburg/Weser, Peine, Stadthagen, Walsrode und die Landkreise Celle, Hameln-Pyrmont, Heidekreis, Hildesheim, Nienburg/Weser, Peine und Schaumburg sowie die Region Hannover mit ungefähr einem Drittel der niedersächsischen Bevölkerung in freiwilliger interkommunaler Kooperation.

Die Netzwerkstruktur verknüpft seit der Gründung 2010 vorhandene Zusammenschlüsse (u. a. Städtenez EXPO-Region, Forum für Stadt- und Regionalplanung) und gibt ihnen, unter Beibehaltung der grundsätzlich informellen Kooperationsstruktur, ein gemeinsames organisatorisches Dach. Auf Grund der bereits vorhandenen und sich weiterentwickelnden wirtschaftlichen, verkehrlichen und sonstigen thematischen Verflechtungen ist ein abgestimmtes Vorgehen der Gebietskörperschaften im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover sinnvoll und von hohem Mehrwert. Die Netzwerkpartner stehen Fragestellungen und Anforderungen gegenüber, die vor kommunalen Grenzen keinen Halt machen, sondern

nur in der Kooperation erfolgreich angegangen und gelöst werden können (Bsp. Geplante GVH-Tariferweiterung, Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel).

Die Netzwerkpartner tauschen sich dazu in thematischen Foren aus, mit dem Ziel, Stärken und Kräfte zu bündeln sowie Positionen, Projekte und Maßnahmen, die im gemeinsamen Interesse liegen, zusammen zu entwickeln und durchzuführen.

Das Netzwerk ist Teil der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg und repräsentiert ca. 30% der EinwohnerInnen und 22% der Fläche Niedersachsens. Dabei ist das Netzwerk nicht als Konkurrenz zur Metropolregion zu verstehen, sondern als "Teilregion". Dementsprechend ist das Netzwerk EWH, zusätzlich zu den direkten Mitgliedschaften der einzelnen Netzwerkpartner, Mitglied im Verein der Kommunen der Metropolregion. Im Vergleich zur Metropolregion zeichnet sich der EWH jedoch durch eine höhere räumlich-strukturelle Homogenität mit engeren wirtschaftlichen und strukturellen Verflechtungen aus.

Im Netzwerk bestehen folgende Arbeitsforen:

- Forum Städtethemen
- Forum Landkreisthemen
- Forum Stadt- und Regionalplanung
- Forum Verkehr / ÖPNV
- Forum Tourismus
- Forum Wirtschaftsinfrastruktur,

in denen die Landeshauptstadt Hannover inhaltlich mitarbeiten wird.

Die Landeshauptstadt Hannover hat schon in der Vorgängerinstitution, dem Städtenetzwerk EXPO-Region, eine tragende Rolle gespielt und wirkt bis heute in einzelnen Arbeitsgruppen des Netzwerks beratend mit. Die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt hätte gegenüber der informellen Mitarbeit eine deutlich stärkere Signalwirkung in das Netzwerk hinein und wäre ein sinnvoller Schritt, da Hannover der unbestrittene Kern des gemeinsamen Aktionsraums ist. Perspektivisch werden viele Fragen zu beraten sein, die sowohl für Hannover als auch für die anderen Netzwerkpartner von großem Interesse sind – so etwa Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Vermarktung unseres Raums, des ÖPNV, des Wirtschaftsverkehrs und des Tourismus. Die Landeshauptstadt Hannover hätte durch die Mitgliedschaft erstmals eine direkte Einfluss- und Steuerungsmöglichkeit in das Netzwerk hinein.

Die Landeshauptstadt Hannover würde durch den Oberbürgermeister o.V.i.A. in der Lenkungsgruppe des Netzwerks vertreten sein, jeweils eine Vertretung in den geschäftsführenden Vorstand und in die Arbeitsforen des Netzwerkes entsenden (siehe Anlage: Jahresbericht Netzwerk). In einem Teil der Arbeitsforen ist die LHH derzeit schon in beratender Funktion vertreten, diese finden jeweils ca. 2-3 jährlich statt. Zusätzlich finden unregelmäßig interne (z.B. Forenworkshop) und öffentliche Veranstaltungen (z.B. Regionalkonferenz) statt. Die Geschäftsstelle des Netzwerks EWH ist bei der Region Hannover angesiedelt und für das laufende Geschäft des Netzwerks zuständig.

Die Mittel zur Finanzierung des Netzwerks werden von den Netzwerkpartnern jährlich anteilig zur Verfügung gestellt. Grundlage für die Anteilsfinanzierung ist das Volumen des für jedes Kalenderjahr zu erstellenden und von der Lenkungsgruppe zu beschließenden Wirtschaftsplanes, der Projektkosten sowie Sach- und Personalkosten enthält. Der fällige Mitgliedsbeitrag wird zum Jahresbeginn von der Geschäftsstelle des Netzwerks erhoben.

Der Mitgliedsbeitrag (für die Landeshauptstadt Hannover 4.400 EUR) ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Für einzelne Schwerpunktprojekte, z. B. turnusgemäß ca. alle vier Jahre Gutachtenerstellung Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel, kann es sein, dass zusätzlich Projektmittel von den Netzwerkpartnern eingezogen werden müssen. Die Teilnahme an den Projekten geschieht auf freiwilliger Basis, wurde jedoch bislang geschlossen von den Netzwerkpartnern genutzt.

Die Landeshauptstadt Hannover beabsichtigt noch im Jahre 2018 den Beitritt als Mitglied in das Netzwerk zu erklären. Die Erklärung erfolgt formlos durch den Oberbürgermeister.

Dez. V
Hannover / 31.05.2018



Netzwerk
Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover

Jahresbericht 2017

Landkreis Celle + Stadt Celle + Landkreis Hameln-Pyrmont + Stadt Hameln + Region Hannover + Landkreis Heidekreis + Landkreis Hildesheim + Stadt Hildesheim + Landkreis Nienburg/Weser + Stadt Nienburg/Weser + Landkreis Peine + Stadt Peine + Landkreis Schaumburg + Stadt Stadthagen + Stadt Walsrode = Netzwerk EWH

Impressum

Region Hannover

FB 61 Planung und Raumordnung

- **Geschäftsstelle Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover** -

Höltystraße 17

30171 Hannover

Redaktion und Gestaltung

Verena Mörsner

Geschäftsstelle Netzwerk EWH

Abbildungsnachweis

Geschäftsstelle Netzwerk EWH

Gudrun Hartwig, Region Hannover

Verena Mörsner, Geschäftsstelle Netzwerk EWH

Dr. Tobias Preising, Geschäftsstelle Netzwerk EWH

Vorwort

Im Jahr 2017 wurde mit der vierten Fortschreibung des „Konsensprojektes Großflächiger Einzelhandel“ eines der größeren Vorhaben im Netzwerk abgeschlossen. Die Ergebnisse der flächendeckenden Einzelhandelserhebung fließen u. a. in das zweite Großprojekt „UrbanRural SOLUTIONS - Regionale Daseinsvorsorge durch optimierte Stadt-Land-Kooperationen“ (EWHvernetzt) ein. In diesem wurde der Schwerpunkt der Arbeit 2017 von der Projektsteuerungsgruppe in zwei ausgewählte Fokusräume für die Bearbeitung der Themen „Nahversorgung“ und „Medizinische Versorgung“ verlagert, was eine zunehmende Konkretisierung der Projektziele und deren Umsetzung bedeutet.

Zu den langfristigen Projekten zählt auch die *Kulturroute*, für die 2017 erstmals ein gezieltes Marketing betrieben worden ist, das sich in den kommenden Jahren fortsetzen soll.

Leider immer noch nicht realisiert werden konnte die GVH-Tariferweiterung für Einzelfahrkarten. Das Netzwerk misst diesem Projekt jedoch weiterhin höchste Bedeutung bei und wird die Region Hannover und alle Beteiligten weiter unterstützen. Dies zeigt wie fest die Gemeinschaft und der gemeinsame Wille innerhalb der Kooperation ist, die „nur“ auf einem freiwilligem Zusammenschluss basiert.

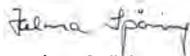
Um das Engagement weiterhin zu stärken, notwendige (Querschnitts-)Themen herauszufiltern, Projekte und ggf. Forenkooperationen zu initiieren hat es im August 2017 erstmals einen *Foren-Workshop* gegeben, der Teil eines vom Vorstand vorgeschlagenen *Zwei-Säulen-Modells* ist. Mit dem so netzwerkweit formuliertem Thema „Digitalisierung“ wird es in den kommenden Jahren erstmals ein gemeinsames, netzwerkweites Thema geben, das alle sechs Foren tangiert. Mit dem Jahresrückblick verbunden also nicht nur der Blick zurück auf ein arbeitsreiches und erfolgreiches Jahr 2017, sondern auch schon der zukunftsorientierte Blick auf die folgende Kooperationsarbeit.

Der Vorstand des Netzwerkes EWH im Januar 2018



Tjark Bartels
Landrat

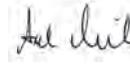
Landkreis Hameln-Pyrmont
Vorsitzender EWH



Helma Spöring
Bürgermeisterin
Stadt Walsrode



Dr. Ingo Meyer
Oberbürgermeister
Stadt Hildesheim



Prof. Dr. Axel Prieb
Erster Regionsrat
Region Hannover

Kontakt

Region Hannover
FB 61 Planung und Raumordnung
- **Geschäftsstelle Netzwerk EWH** -
Hölytstraße 17
30171 Hannover

Fon: 0511/ 616-2 25 03
Fax: 0511/ 616-2 28 23
Mail: kontakt@netzwerk-ewh.de

www.netzwerk-ewh.de

Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover

Das Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover verbindet die Städte Celle, Hameln, Hildesheim, Nienburg/Weser, Peine, Stadthagen, Walsrode und die Landkreise Celle, Hameln-Pyrmont, Heidekreis, Hildesheim, Nienburg/Weser, Peine und Schaumburg sowie die Region Hannover in einer freiwilligen interkommunalen Kooperation.

In den sechs Fachforen

- Forum Städtethemen
- Forum Verkehr/ÖPNV
- Forum Landkreisthemen
- Forum Stadt- und Regionalplanung
- Forum Wirtschaftsinfrastruktur
- Forum Tourismus

werden wichtige fachliche Kooperationsthemen ausgetauscht, abgestimmt und koordiniert. Hier werden auch fachliche Positionen des Netzwerkes EWH innerhalb der Metropolregion Hannover - Braunschweig - Göttingen - Wolfsburg und gegenüber dem Land Niedersachsen erarbeitet. Die Foren setzen sich aus den von den Netzwerkpartnern*innen entsandten Mitarbeiter*innen zusammen. Aus den Foren heraus entstehen Projekte, in denen zeitlich begrenzt aktuelle Problem- und Themenstellungen fachübergreifend und lösungsorientiert behandelt werden.

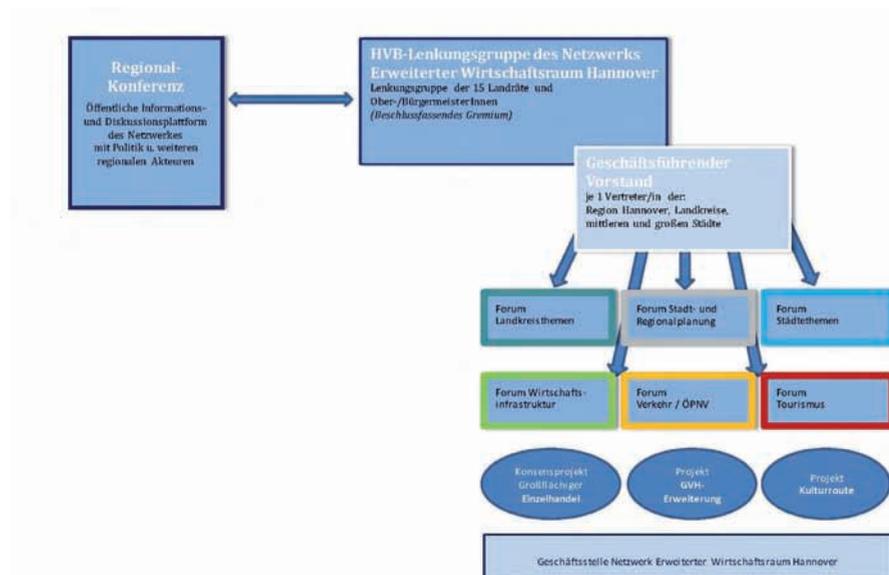




Arbeit in den Foren

Arbeit in den Foren

Die zentrale Arbeitsstruktur des Netzwerks Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover (EWH) stellen die von der Geschäftsstelle organisatorisch unterstützten sechs Fachforen dar. Ihre inhaltliche Arbeit orientiert sich an den Interessen der Netzwerkpartner und an aktuellen Herausforderungen. Den Foren obliegt es auch in zeitlich begrenzten Projekten an aktuellen Problem- und Themenstellungen fachübergreifend und lösungsorientiert zu arbeiten. 2017 waren es die Projekte „UrbanRural SOLUTIONS - EWHvernetzt“ sowie das „Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel“, die insbesondere das Forum Stadt- und Regionalplanung inhaltlich beschäftigt haben, aber auch Fragestellungen weiterer Foren tangieren, sowie die „Kulturroute“ des Forums Tourismus. Auf dem fachübergreifenden Foren-Workshop 2017 konnten sich alle Forenmitglieder auf kurzem Wege über aktuelle Arbeitsthemen austauschen. Neben der Betrachtung des bisherigen eigenen Werdeganges wurde im Rahmen der eintägigen Veranstaltung auch der Blick in die zukünftige Forenarbeit und Ausrichtung des Netzwerks gerichtet.



Forum Städtethemen

Das Forum Städtethemen zählt von der Mitgliederzahl her zum kleinsten Forum innerhalb des Netzwerks - ist jedoch nicht weniger aktiv. Der fachliche Einstieg in die Forensitzung findet regelmäßig mit Hilfe eines Impulsvortrages des gastgebenden Netzwerkpartners statt, der in der Regel auch eine anschließende Kurzexkursion vor Ort durchführt. Die Kombination von theoretischem Austausch und Besuch von Praxisbeispielen wird von den Mitgliedern fachlich sehr geschätzt und soll auch 2018 fortgeführt werden. Praktische Einblicke in die Arbeitspraxis der Netzwerkpartner*innen, Lösungsansätze und Diskussionsgrundlage gaben 2017 nachfolgende Impulsvorträge und Exkursionen:

- *„Revitalisierung Innenstadt Nienburg - Einführungsvortrag mit anschließendem Erfahrungsaustausch zu den Themen ‘Sonderprojekte’ und ‘Leitbild’“* sowie Führung durch die Nienburger Innenstadt/ Fußgängerzone und an die Weser,
- *„Stadt Hildesheim - Konversion des städtischen Krankenhauses in ein Hochschul- und Wohngebiet“* mit anschließender Exkursion in das Areal,
- *„Innenentwicklungspotenzial Garagenhöfe - Eine Bilanz“* Vorstellung des Projektes der Landeshauptstadt Hannover.

Sprecher Forum Städtethemen: Florian Hahn | Hochbauamt, Stadt Peine

Forum Verkehr/ÖPNV

2017 fand keine reguläre Forensitzung statt. Einzelne Mitglieder waren jedoch über ihre Teilhabe an den wichtigen Mobilitätsprojekten im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover, wie die GVH-Tariferweiterung und EWHvernetzt, an der Netzwerkarbeit beteiligt.

Sprecher Forum Verkehr/ÖPNV: Knut Utech | Amt für Wirtschaftsförderung, Regionalplanung und ÖPNV, Landkreis Schaumburg



Forum Städtethemen - Hier am historischen Stadtmmodell der Stadt Nienburg/Weser.



Forum Landkreisthemen

Das Forum Landkreisthemen, bestehend aus den Kreisräten der Landkreise und dem Ersten Regi-
onsrat der Region Hannover, beschäftigt sich mit kreis- bzw. regionsübergreifenden Themen. Hierzu
gehört bereits seit einigen Jahren der begleitende Austausch zu den Bundesinfrastrukturprojekten
„SuedLink“, einer geplanten Hochspannungsleitung, und „Y-Trasse Hamburg/Bremen-Hannover“
zur Ertüchtigung der Bahnverbindungen von Schleswig-Holstein nach Bayern. Mit den vorgestell-
ten Projekten „Netzwerk Dorfläden und Zuwendungsrichtlinie der Region Hannover zur Stärkung der
Nahversorgung“ (Region Hannover) und „aromaTisch regional‘ - Stärkung regionaler Produkte in
der Gemeinschaftsverpflegung“ (Umweltzentrum Hannover e. V.) greift das Forum Landkreisthemen
einen zunehmenden Trend der Regionalisierung und im Bereich der Daseinsvorsorge auf, der z. B.
auch in dem Projekt „UrbanRural SOLUTIONS - EWHvernetz“ (s. Seite 12) Eingang findet.

Darüber hinaus werden die Teilnehmer regelmäßig über die Netzwerk- und Forenarbeit informiert.
Das Forum Landkreisthemen stellt damit eine wichtige Basis unterhalb der Lenkungsgruppe (Haupt-
verwaltungsbeamte) zum Austausch über die strategische Entwicklung der Netzwerkarbeit dar.

Sprecher Forum Landkreisthemen: Gerald Höhl | Erster Kreisrat, Landkreis Celle



Forum Stadt- und Regionalplanung

Während die Projektgruppenarbeit im Rahmen des inter- und transdisziplinären Bundesforschungs-
projektes UrbanRural SOLUTIONS - EWHvernetz noch mindestens bis 2019 andauern wird, konnte das
zweite hauptsächlich vom Forum Stadt- und Regionalplanung getragene Großprojekt - *Konsen-
sprojekt Großflächiger Einzelhandel im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover* sowie dem Landkreis
Holzminden - mit der öffentlichen Präsentation der Gutachtenergebnisse im Handelhaus Hannover
im November dieses Jahres abgeschlossen werden. Zahlreiche Abstimmungstermine und Zuarbeit
hatte die Forenmitglieder auch 2017 wieder intensiv gefordert und in die Kooperationsarbeit einge-
bunden.

Dennoch fand am Rande auch der von den Forenmitgliedern geschätzte fachliche Austausch zu The-
men aus dem Arbeitsalltag der Stadt- und Regionalplaner*innen statt. So wurden die Mitglieder über
Vorhaben aus den einzelnen Gebietskörperschaften informiert. Des Weiteren wurde in einzelnen Fo-
rensitzungen ausführlich über die Änderungen des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersach-
sens, die sich daraus ergebenden Fragestellungen für die Planerpraxis und der zukünftige Umgang
damit diskutiert. Ein Thema, das 2018 fortzuführen sein wird.

Die Situation von Einzelhandel im städtischen und ländlichen Kontext - ein Thema vom „Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel“ mit Vollerhebung von rund 13.000 Einzelhandelsbetrieben im Gebiet des Erweiterten Wirtschaftsraums Hannover - band einen Großteil der Arbeitskraft im Forum Stadt- und Regionalplanung.

Sprecher Forum Stadt- und Regionalplanung: Jürgen Flory | Kreisentwicklung und Infrastruktur,
Landkreis Hildesheim

Forum Wirtschaftsinfrastruktur

Das Forum Wirtschaftsinfrastruktur hat sich in seiner Jahressitzung im Rahmen eines Vortrages mit anschließender Diskussion mit dem Thema „*Potenzialabschätzung für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene*“ beschäftigt und sich über mögliche zukünftige Schwerpunkte des Forums sowie Kooperationen mit anderen Netzwerkforen ausgetauscht. Im Forum Wirtschaftsinfrastruktur sind die Wirtschaftsförderer*innen aus der Gebietskulisse des Erweiterten Wirtschaftsraums Hannover vertreten.

Sprecher Forum Wirtschaftsinfrastruktur: Lars Masurek | Wirtschaftsförderung, Stadt Stadthagen



Forum Tourismus

2017 wurde erstmals ein gezieltes Marketing für den Fernradweg Kulturroute betrieben. Hierzu wurde eigens eine AG Marketing aus einzelnen Forenmitgliedern gegründet, die ihre Ideen in das große Plenum des Forums geben konnte. Gleich zu Beginn des Jahres gelang dem Forum in Bezug auf das Kulturrouuten-Marketing ein „Triple“ durch die Veröffentlichung in „*Deutschland per Rad entdecken 2017/18*“ (ADFC), die neue *Imagebroschüre* in Form einer reduzierten Faltkarte mit zusätzlichen Informationen und die *zweite Auflage des Veranstaltungskalenders*. Darüber hinaus wurden in der ersten Jahreshälfte verschiedene lokale und bundesweite (*Coupon-*)*Anzeigen und redaktionelle Beiträge* geschaltet, über deren Rückläufe erstmals auch eine Verortung der potenziellen Interessenten und Nutzer*innen der Kulturroute vorgenommen werden konnte. Durch die Touristiker im Netzwerk wird der Fernradweg auch auf verschiedenen bundesweiten Messen und Veranstaltungen präsentiert - eine davon war der Entdeckertag 2017 der Region Hannover.

Neben der Abstimmung von Inhalten und Vorgehensweisen dienen die Forentreffen auch dazu, Einblicke in die Arbeit, Projekte und Besonderheiten des jeweils gastgebenden Partners zu erhalten. „*Alfeld und Umgebung*“ mit anschließender Besichtigung des Fagus-Werks (UNESCO-Welterbe) sowie „*Fit für die Zukunft - interkommunale Zusammenarbeit am Fallbeispiel Zweckverband Touristikzentrum westliches Weserbergland*“ mit anschließender Führung durch Schloss Hämelschenburg



2017 hat das Forum Tourismus verschiedene Printmedien zur Kulturroute herausgebracht und Tourismusprojekte der Netzwerkpartner besucht.

gaben den interessierten Teilnehmenden Einblicke in lokale Projekte bzw. touristische Sehenswürdigkeiten.

Im August 2017 wurde die Position des Forensprechers/der Forensprecherin neu besetzt. Nachfolger von der bis dahin amtierenden Yvonne Graul (Landkreis Celle) wurde Olaf Boegner (Schaumburger Land Tourismusmarketing e. V.).

Forensprecher*in: Yvonne Graul | Amt für Wirtschaftsförderung, Bauen und Kreisentwicklung,
Landkreis Celle (bis August 2017)
Olaf Boegner | Schaumburger Land Tourismusmarketing e.V. (seit August 2017)



Die GVH-Tariferweiterung - ein wichtiges ÖPNV-Projekt im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover.

Projekte

GVH-Tariferweiterung

Eines der zentralen Regionalentwicklungs- und ÖPNV-Projekte innerhalb des EWH mit großem Mehrwert für die ÖPNV-nutzende Bevölkerung ist die Ausdehnung des GVH-Bartarifs auf einzelne Landkreise des Netzwerks. Die technisch-vertragliche Vorbereitung konnte, unter der Federführung der Region Hannover, soweit vorangebracht werden, daß man einer Einführung (Ausdehnung des GVH-Regionaltarifs auf der Schiene auf den Einzelfahrkartenbereich) in 2018 schon positiv entgegenblickte. Das vorläufige Scheitern der Einführung ist auf externe Einflüsse zurückzuführen, an deren Behebung man bereits im Jahresverlauf begonnen hat zu arbeiten. Somit ist weiterhin von einer Einführung auszugehen. Der zweite Block der Projektarbeiten ist die Einbeziehung von fünf weiteren Bahnhöfen im bisherigen Zeitkartenbereich. Hier wird von einer Einführung in 2018 ausgegangen.

Langfristiges Ziel des Projektes ist es, für den Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover die unterschiedlichen Tarifsysteme zu einem gemeinsamen Tarifverbund zu entwickeln. Hierfür sind drei Schritte vorgesehen, von denen sich der erste, nämlich die Ausdehnung des GVH-Regionaltarifs auf der Schiene auf den Einzelkartenbereich, derzeit in der Realisierung befindet. Die Einbeziehung des lokalen Busverkehrs als Zubringer zu den Bahnhöfen der Landkreise in den Tarif sowie die Integration der Landkreise des zweiten Rings in einen Tarifverbund sollen weitere Schritte zur Weiterentwicklung der ÖPNV-Kooperation im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover sein.

Projektleitung: Ulf Mattern und Karsten Sydow | Fachbereich Verkehr, Region Hannover

Kulturroute

Bedingt durch das seit 2017 gezielt betriebene Marketing hat die Nachfrage nach Produkten zur Kulturroute (Imagebroschüre als Faltpapier und Info-Mappe) merklich angezogen. Als neuer Werbeträger und neues „Zwischenprodukt“ zur Infomappe fungiert seit diesem Jahr die neue Imagebroschüre in Form einer reduzierten Faltpapierkarte mit zusätzlichen Informationen. Zusammen mit der zweiten Auflage des Veranstaltungskalenders bildete sie das wesentlichen Printprodukt, das bei Erstanfragen nach Anzeigenschaltung und redaktionellen Beiträgen an Interessenten versandt worden ist. Neben ersten Informationen zur Kulturroute bewirbt die Faltpapierkarte auch das umfangreiche Infomappen-Paket, das gegen eine geringe Schutzgebühr käuflich erworben werden kann. Diese gezielte Bewerbung hat bereits zu einem deutlichen Anstieg der Nachfrage geführt, so daß hier mittelfristig und im Rahmen ei-



Ansicht der neuen Imagebroschüre, aufgelegt als Faltpapierkarte mit Informationen zur Kulturroute und ihren Etappen.

ner Aktualisierung des enthaltenen Karten- und Infomaterials über die nächste Auflage nachgedacht werden muß. Im Forum Tourismus haben diesbezüglich bereits erste Diskussionen stattgefunden. Durch den Einsatz von u. a. bundesweit erschienenen Coupon-Anzeigen konnte erstmals ermittelt werden, wo die am Fernradweg interessierten und potenziellen Nutzer*innen verortet sind, um dort zukünftig noch gezielter werben zu können. Zusätzlich wurde die Kulturroute über den VIA Urlaubsservice und die Infostände der Netzwerkpartner*innen auf Messen und sonstigen Veranstaltungen beworben. Nicht alle Webmaßnahmen haben die erhoffte Resonanz gebracht, so daß für 2018 eine weitere Optimierung der Maßnahmen und auch der Umsetzungsmedien eingeleitet wurde.

Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover

Im Herbst 2017 wurde die nunmehr vierte Auflage der netzwerkweiten Erhebung des großflächigen Einzelhandels, zuzüglich des angrenzenden Landkreises Holzminden, mit einer öffentlichen Ergebnispräsentation abgeschlossen. Traditionell findet die Vorstellung des Gutachtens im Handelshaus des Handelsverbands Hannover e. V. statt und wird von themenbezogenen Vorträgen ergänzt. Neben den *Tendenzen im Einzelhandel* und der Vorstellung der *Ergebnisse des Konsensprojekts Großflächiger Einzelhandel*, stießen so auch die Beiträge über *qualifizierte Nahversorgungskonzepte im stationären Lebensmitteleinzelhandel in Stadt und Land* auf großes Interesse bei den Teilnehmenden.

Gestartet wurde das Projekt mit einer Vollerhebung von rund 13.000 Einzelhandelsbetrieben in 2016 durch das mit der Gutachtenerstellung beauftragte Büro Stadt+Handel aus Dortmund sowie durch die eigenen Erhebungen der Landkreise Hameln-Pyrmont und Celle. Darauf aufbauend erfolgte die Auswertung und Abstimmung mit den Netzwerkpartnern*innen in 2017. Das Projekt wird vom Forum Stadt- und Regionalplanung getragen. Ziel ist die Sicherstellung der Versorgung in den Städten und Gemeinden des Erweiterten Wirtschaftsraums Hannover entsprechend ihrer zentralen Versorgungsfunktion und die Abstimmung innerhalb des Verflechtungsraumes des Netzwerks, um zu räumlich tragfähigen und einvernehmlichen Lösungen bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten zu kommen.

Die Ergebnisse des Gutachtens wurden im Rahmen der Reihe „*Berichte zum Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover*“ veröffentlicht und entsprechen weitestgehend den bundesweiten Trends: so sinkt z. B. die Zahl der Verkaufsstätten bei gleichzeitiger Zunahme der Gesamtverkaufsfläche. In einzelnen Warengruppen wie Unterhaltungselektronik, Bücher und Sport zeichnen sich die Einflüsse der zunehmenden Marktanteile des Online-Handels ab. Die Daseinsvorsorge und deren Erreichbarkeit



Die Ergebnisse des Einzelhandelsgutachtens wurden im Handelshaus Hannover einem breiten Publikum vorgestellt.

■ Schwerpunkt* Ärzteversorgung
■ Schwerpunkt* Naterversorgung
■ optional f. Text Übertragbarkeiten



Fokusräume innerhalb des NEWH (oben) und Kleingruppenarbeit auf einem der Workshops (unten).

spielt auch im zweiten Großprojekt des Netzwerks „EWHvernetz“ eine Rolle. So können die Erhebungsergebnisse in den geplanten Daseinsvorsorge-Atlas mit einfließen.

UrbanRural SOLUTIONS - EWHvernetz

Das Bundesforschungsprojekt UrbanRural SOLUTIONS steht für das Ziel, daß Praxis und Wissenschaft gemeinsam kooperative Lösungen für die wohnstandortbasierte Daseinsvorsorge in Stadt und Land entwickeln. Zu dieser Daseinsvorsorge zählen Angebote und Einrichtungen, die notwendig sind, um sich im alltäglichen Leben vom Wohnstandort aus zu versorgen.

Nachdem im Herbst 2016 wichtige Grundsatzentscheidungen zu Fokusthemen und Fokusräumen im Rahmen des Projekts UrbanRural SOLUTIONS - EWHvernetz getroffen wurden, startete die Arbeit mit dem Jahr 2017 in die nächste Projektphase:

Auf Basis der Erreichbarkeiten von (Haus-)Arztstandorten respektive des Lebensmittel-Einzelhandels, und jeweils angelagerten Dienstleistungen, wurden im Frühjahr und Sommer 2017 je Fokusräum zwei moderierte Workshop-Termine mit jeweils rund 50 Experten und wichtigen Akteuren, wie beispielsweise der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN), aber auch Dienstleistern wie Ärzten bzw. Einzelhändlern, durchgeführt. Diese direkte Einbindung aller wichtigen Gruppen in den Prozess zur Ideengenerierung und das Ziel einer konkreten Umsetzung von Maßnahmen vor Ort unterscheiden UrbanRural SOLUTIONS von vielen anderen (Forschungs-)Projekten.

In den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont ist hierbei die Analyse und Verbesserung der ambulanten medizinischen Versorgung durch Hausärzte*innen das zentrale Thema. Es wurde deutlich, daß sich die Herausforderungen in Zukunft durch einen demografisch bedingten höheren Versorgungsaufwand von älteren Patienten*innen, und gleichzeitig einer zunehmenden Schwierigkeit der Nachbesetzung von frei werdenden Arztpraxen, ergeben werden. Dabei wird weder aktuell noch in Zukunft weniger die Erreichbarkeit mit dem Pkw das Hauptproblem sein, sondern vielmehr die Suche nach Lösungsansätzen zur Förderung von Nachbesetzungen freiwerdender Arztpraxen und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hausärzten im ländlichen Raum. Als wichtige Ansätze, in denen nun Lösungsoptionen konkretisiert werden sollen, wurden im Rahmen des Workshops folgende Handlungsfelder erarbeitet, die es nun gilt, in konkrete Projekte zu überführen:

- > Unterstützung bei der Umsetzung von innovativen Praxismodellen in Modellprojekten,
- > Regionales Berufs- und Kooperationsnetzwerk zwischen medizinischen Berufen aufbauen,

Die verschiedenen inhaltlichen Analysen und Ergebnisse aus den beiden Fokusräumen wurden bis zum Herbst 2017 noch einmal schriftlich aufbereitet und als Berichtsband Nr. 5 in der Schriftenreihe des Netzwerks EWH veröffentlicht.

Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Fördermaßnahme „Innovationsgruppen für ein nachhaltiges Landmanagement“, Förderkennzeichen: 033L122; Laufzeit: 04/2015–03/2019

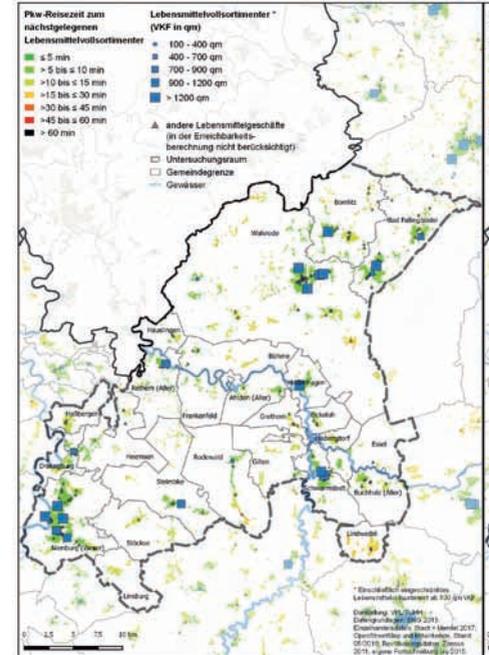


Weitere Informationen:

http://www.vsl.tu-harburg.de/urbanruralsolutions/index_html

<http://innovationsgruppen-landmanagement.de>

Projektkoordination der Praxisregion NEWH: Dr. Tobias Preisung | Geschäftsstelle Netzwerk EWH, Region Hannover

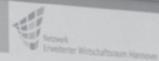


Beispiel für die späteren Analyse- und Darstellungsmöglichkeiten im Daseinsvorsorge-Atlas.



Fachbereich 011

Begrüßung und Einführung



1. Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik I (WIFI) | 2019, 2020, 2021

Veranstaltungen



Foren-Workshop und Abschlußpräsentation des Konsensprojekts Großflächiger Einzelhandel (s. Seite 11) als die zwei größeren Netzwerkveranstaltungen im Arbeitsjahr 2017.

Veranstaltungen

Foren-Workshop (Zwei-Säulen-Modell)

2017 war das Jahr, in dem die Voraussetzungen für eine neue inhaltliche Aufstellung des gesamten Netzwerks sowie die Stärkung seiner Außenwahrnehmung geschaffen wurden. Hierzu formulierte der neu gewählte Netzwerk-Vorstand in seiner konstituierenden Januar-Sitzung das *Zwei-Säulen-Modell*, denn bereits in der Vergangenheit hatte es sich gezeigt, daß es zwischen den verschiedenen Themenbereichen der sechs Fachforen Schnittmengen gibt, die es noch stärker zu nutzen gilt. Ziel des Modells ist es (neue) Arbeitsthemen zu finden und die bereits in der Vergangenheit angeregte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Foren in die Praxis umzusetzen. Es sieht einen stärkeren Austausch der sechs Netzwerkforen untereinander sowie ihre Vernetzung im Rahmen von Projektarbeiten vor (Säule 1) und forciert durch das Bearbeiten von netzwerk- und gesellschaftsrelevanten Themen auch die Stärkung der Anziehungskraft der alle zwei Jahre stattfindenden Regionalkonferenz (Säule 2).

Der erste Foren-Workshop fand in den Räumlichkeiten der Region Hannover statt. Nach der Kurzvorstellung aller Foren vor dem Plenum erfolgte in den einzelnen Gruppen der Blick zurück. Was waren die jeweiligen Ziele, wurden sie erreicht? Sowie der Blick in die Zukunft, was soll erreicht werden und auf welchem Wege? Den Teilnehmern*innen war es dabei möglich sich auf kurzem Wege untereinander auszutauschen und bei den anderen Foren in die Diskussion hineinzuhören. Neben den immer wieder genannten Stichworten wie Mobilität und Logistik, Innenentwicklung und (sozialer) Wohnungsbau, Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und Darstellung des Netzwerks in der Öffentlichkeit, tauchte ein Thema bei allen sechs Foren durchgängig auf: Digitalisierung. Zum Beispiel die Digitalisierung in den Verwaltungen des Netzwerks, der Breitbandausbau oder Online-Handel. Alle sechs Foren sind in irgendeiner Weise von dem Thema betroffen. Es konnte somit als neues Schwerpunktthema innerhalb des Netzwerks festgehalten werden.

Foren-Workshop 28. August 2017, 10.00 - 15.00 Uhr | Region Hannover



Publikationen

Publikationen

Zurück in die Stadt - Herausforderungen und Chancen

Berichte zum Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover - Heft Nr. 3 - April 2014

(Dokumentation der Fachtagung des Netzwerks EWH am 15.11.2013 in Celle)

Der dritte Band der Berichte zum EWH widmet sich dem Trend der Reurbanisierung und damit verbundenen Herausforderungen und Chancen für die städtebauliche Entwicklung. Der spezielle Fokus richtet sich hierbei auf die Mittelzentren des Erweiterten Wirtschaftsraums Hannover. Er dokumentiert eine im November 2013 erfolgreich durchgeführte Fachtagung mit dem gleichen Titel, auf der sich rund 100 Fachleute aus Politik und Verwaltung zum Thema ausgetauscht haben.

Regionale Daseinsvorsorge durch optimierte Stadt-Land-Kooperationen im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover. - Grundlagen und Analysen - Berichte zum Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover - Heft Nr. 5 - Oktober 2017

(1. Werkstattbericht zum Projekt UrbanRural SOLUTIONS/EWHvernetzt, Grundlagen und Analysen)
Das fünfte Berichtsheft liefert als erster Werkstattbericht im laufenden Projekt einen Überblick über die Rahmenbedingungen und stellt die beiden Fokusregionen „Gesundheit“ und „Nahversorgung“ mit ihren aktuellen Versorgungslagen und ersten Projektansätzen vor.

Berichte zum Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover - Übersicht der bisher erschienenen Hefte:

Heft 1: „Perspektiven der Nahversorgung“ (2012)

Heft 2: „Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel“ (2012)

Heft 3: „Zurück in die Stadt - Herausforderungen und Chancen“ (2014)

Heft 4: „Kulturroute - Mit dem Rad durch Hannover und das Land drum herum“ (2015)

Heft 5: „Regionale Daseinsvorsorge durch optimierte Stadt-Land-Kooperationen im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover. 1. Werkstattbericht zum Projekt URBAN RURAL SOLUTIONS / EWHvernetzt, - Grundlagen und Analysen -“ (2017)

Heft 6: „Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel“ (2017)

Alle Berichtshefte des Netzwerks sind unter www.netzwerk-ewh.de auch digital als PDF erhältlich (Service->Publikationen) und im deutschen Bibliothekskatalog unter der ISSN 2199-4250 auffindbar.





Netzwerk
EWH

Forum
Wirtschafts-
infrastruktur



Netzwerk
EWH

Vorstand



Netzwerk
EWH

Öffentlichkeitsarbeit



4 014481 094706
Akt. Nr. 113/2009
Bielefeld-Universität, Universitätsstraße 1, 1
33615 Bielefeld, Nordrhein-Westfalen



Netzwerk
EWH

Forum
Tourismus



Netzwerk
EWH

REGIONAL-
KONFERENZ



Netzwerk
EWH

Lenkungs-
gruppe

Aktivitäten der Geschäftsstelle

Aktivitäten der Geschäftsstelle

Neben der *Gremien- und Forenbetreuung* im Rahmen von Vor- und Nachbereitung von Terminen, liegt eine wichtige Aufgabe der Geschäftsstelle in der Sicherung des Informationsflusses zwischen den Foren und Gremien des Netzwerks. Hierzu wird seit 2015 circa alle vier Monate ein *Newsletter* mit aktuellen netzwerk- und bundesweiten Informationen per E-Mail an die Netzwerkmitglieder und -partner*innen versandt. Mit dem ersten *Foren-Workshop* des Netzwerks im August 2017 lag die komplette Organisation der Veranstaltung in der Verantwortung der Geschäftsstelle.

Kooperationen

Neben der Kooperation unter und zwischen den Netzwerkpartnern konnte auch die Zusammenarbeit mit weiteren (regionalen) Akteuren gepflegt werden:

- Regionalverband Großraum Braunschweig (EWHvernetzt, Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel)
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover (EWHvernetzt)
- Landkreis Holzminden (Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel)
- Handelsverband Hannover e. V. (Forum Stadt- und Regionalplanung, EWHvernetzt, Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel)
- Industrie und Handelskammer Hannover (IHK) (Forum Stadt- und Regionalplanung, Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel)
- Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser (Forum Stadt- und Regionalplanung, Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel).

Übersicht der Termine 2017

Foren und Gremien

- 23.01.2017 - Vorstandssitzung
- 20.02.2017 - Lenkungsgruppensitzung
- 22.02.2017 - Sondersitzung GVH-Tariferweiterung (Forum Verkehr/ÖPNV)
- 16.02.2017 - Forum Tourismus
- 17.03.2017 - Forum Städtethemen AG Marketing (Forum Tourismus)
- 23.03.2017 - Forum Wirtschaftsinfrastruktur
- 13.04.2017 - Forum Landkreisthemen
- 10.06.2017 - AG Marketing (Forum Tourismus)
- 22.08.2017 - Forum Tourismus
- 28.08.2017 - Foren-Workshop
- 18.10.2017 - Vorstandssitzung
- 27.10.2017 - Forum Städtethemen
- 03.11.2017 - Lenkungsgruppensitzung
- 01.12.2017 - Forum Stadt- und Regionalplanung

Konsensprojekt Großflächiger Einzelhandel

- 11.01.2017 - Zwischenpräsentation
- 22.03.2017 - Forum Stadt- und Regionalplanung
- 16.06.2017 - Forum Stadt- und Regionalplanung
- 15.09.2017 - Forum Stadt- und Regionalplanung
- 23.11.2017 - Abschlußpräsentation im Handelshaus Hannover

EWHvernetz (Auswahl)

- 26.01.2017 - Auftakttreffen Fokusräume
- 10.02.2017 - Projektgruppensitzung
- 03.05.2017 - Projektgruppe
- 17.05.2017 - Workshop I - Gesundheitsversorgung
- 14.06.2017 - Workshop II - Gesundheitsversorgung
- 23.08.2017 - Workshop I - Nahversorgung
- 14.09.2017 - Workshop II - Nahversorgung
- 18.10.2017 - Projektgruppe
- 14.12.2017 - Projektgruppe

Das Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover wurde im Oktober 2010 als Nachfolgeorganisation unter anderem des Städteternetzes EXPO-Region gegründet.

Es verbindet die Städte Celle, Hameln, Hildesheim, Nienburg/ Weser, Peine, Stadthagen, Walsrode und die Landkreise Celle, Hameln-Pyrmont, Heidekreis, Hildesheim, Nienburg/ Weser, Peine und Schaumburg sowie die Region Hannover in freiwilliger interkommunaler Kooperation.

Mit einer Bevölkerung von ca. 2,2 Millionen Menschen lebt im Erweiterten Wirtschaftsraum Hannover rund ein Viertel der Niedersachsen auf den 10.321 km² des Netzwerkgebietes.

„Nur gemeinsam werden wir wahrgenommen, nur gemeinsam sind wir stark!“ – diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch und daher ist die Netzwerkarbeit auch so erfolgreich.



Geschäftsordnung des Netzwerkes Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover

(in der Fassung vom 24.11.2014)

§ 1 Netzwerkpartner

1. Netzwerkpartner sind die Städte Celle, Hameln, Hildesheim, Nienburg/Weser, Peine, Stadthagen, Walsrode sowie die Landkreise Celle, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Nienburg/Weser, Peine, Schaumburg, Heidekreis und die Region Hannover.
2. Ein Ausscheiden aus dem Netzwerk ist mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Der Austritt ist schriftlich gegenüber der/dem Vorsitzenden des Netzwerkes zu erklären; die Zahlungsverpflichtungen aus den bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens entstehenden Verpflichtungen, die zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung anteilmäßig erforderlich sind, bleiben bestehen.
3. Den Vorsitz des Netzwerkes übernimmt die/der Vorsitzende der Lenkungsgruppe.

§ 2 Zweck

1. Das Netzwerk verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, die sich aus den Aufgabenbereichen der kommunalen Selbstverwaltung ergeben.
2. Ziel ist die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit in diesem wichtigen Teilraum der Metropolregion Hannover - Braunschweig - Göttingen - Wolfsburg in Form einer verbesserten internen Vernetzung und eines abgestimmten Auftretens als gemeinsamer Wirtschaftsraum nach außen.
3. In diesem Sinne fördert das Netzwerk die nachhaltige Entwicklung innerhalb seiner Region, in dem es
 - a) einen kontinuierlichen Erfahrungs- und Informationsaustausch der Mitglieder auf allen Ebenen gewährleistet,
 - b) im Interesse der Partner gemeinsame Positionen entwickelt und vertritt,
 - c) Maßnahmen und Projekte, die die Interessen der Partner berühren, abstimmt,
 - d) Maßnahmen und Projekte, die im gemeinsamen Interesse liegen, gemeinschaftlich entwickelt und durchführt,
 - e) die Region nach innen und außen als zukunftsfähige europäische Region darstellt.

§ 3 Finanzierung

1. Die Mittel zur Finanzierung des Netzwerkes werden von den Netzwerkpartnern jährlich anteilig zur Verfügung gestellt.
2. Grundlage für die Anteilsfinanzierung ist das Volumen des für jedes Kalenderjahr zu erstellen und von der Lenkungsgruppe zu beschließenden Wirtschaftsplanes, der Projektkosten sowie Sach- und Personalkosten enthält.

3. Orientiert an der „Größe“ der Mitglieder werden folgende Finanzierungsschlüssel festgelegt:

Mittlere Städte = 1/27

Hierzu gehören die Städte Nienburg/Weser, Peine, Stadthagen und Walsrode.

Große Städte und Landkreise = 2/27

Hierzu gehören die Städte Celle, Hameln, Hildesheim sowie die Landkreise Celle, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Nienburg/Weser, Peine, Schaumburg und Heidekreis.

Region Hannover = 3/27

§ 4 Gremien

1. Die Gremien des Netzwerkes sind
 - die Lenkungsgruppe
 - die Foren und Projekte.

§ 5 Lenkungsgruppe

1. Die Lenkungsgruppe, die sich aus den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten der Netzwerkpartner zusammensetzt, ist das Steuerungs- und Entscheidungsgremium.
2. Sie wählt aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei Jahren mit einer Zweidrittelmehrheit der Anwesenden die/den Vorsitzenden sowie drei Stellvertretungen, die gemeinsam den geschäftsführenden Vorstand bilden. Dabei muss im Vorstand jede der vier Partnergruppen - mittlere Städte, große Städte, Landkreise und Region - vertreten sein; der Vorsitz wechselt mit jeder Wahlperiode zwischen den Städten und den Landkreisen/Region.
3. Die Lenkungsgruppe ist insbesondere zuständig für
 - die Festlegung der Arbeitsschwerpunkte des Netzwerkes,
 - die Einrichtung der Foren und die Benennung von Projekten,
 - die Aufstellung und Änderung der Geschäftsordnung,
 - die Entscheidung über die Aufnahme oder das Ausscheiden eines Partners,
 - die Aufstellung des jährlichen Wirtschaftsplanes,
 - die Festlegung des Finanzierungsschlüssels für die Kostenverteilung.

Die erforderlichen Beschlüsse bedürfen der Zweidrittelmehrheit der Anwesenden.

Weitere Entscheidungen werden mit der einfachen Mehrheit getroffen.

4. Die Lenkungsgruppe trifft mindestens zweimal im Jahr auf Einladung der/des Vorsitzenden zusammen. An diesen Sitzungen nehmen auch die Sprecher/innen der Foren und Projekte als Gäste teil.

§ 6 Foren und Projekte

1. In den Foren werden die aus den Arbeitsschwerpunkten festgelegten wichtigen fachlichen Kooperations Themen ausgetauscht, abgestimmt und koordiniert. Hier werden auch fachliche Positionierungen des Netzwerkes EWH innerhalb der Metropolregion Hannover - Braunschweig - Göttingen - Wolfsburg und gegenüber dem Land Niedersachsen erarbeitet.

2. Die Foren setzen sich zusammen aus den von den einzelnen Netzwerkpartnern entsandten Personen. Jedes Forum wählt aus dem Kreis seiner Mitwirkenden eine/n Sprecher/in.
3. In Form von Projekten, die in der Regel aus einem Forum heraus entstehen, werden zeitlich begrenzt aktuelle Problem- und Themenstellungen fachübergreifend und lösungsorientiert behandelt. Auch hier wird aus dem Kreis der Mitwirkenden ein/e Sprecher/in gewählt.
4. Die Netzwerkpartner sorgen für eine kontinuierliche und kompetente Vertretung ihrer Stadt, ihres Landkreises und der Region in den Foren und Projekten.

§ 7 Regionalkonferenz

1. Die Regionalkonferenz ist die öffentliche Diskussionsplattform des Netzwerkes. Sie findet in der Regel einmal jährlich auf Einladung der/des Vorsitzenden des Netzwerkes statt.
2. Hier treffen Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Mandatsträgerinnen und -träger der Netzwerkpartner, die Sprecher und Sprecherinnen der Foren und Projekte neben weiteren regionalen Akteuren zu einem Informationsaustausch zusammen.

§ 8 Geschäftsstelle

1. Die Geschäftsstelle ist bei der Region Hannover angesiedelt.
2. Sie ist zuständig für das laufende Geschäft des Netzwerkes, u.a. für die Erstellung des jährlichen Arbeitsprogramms und der Finanzplanung, für die Fertigung des jährlichen Tätigkeitsberichtes und des Jahresabschlusses, für die Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen der Lenkungsgruppe und der Regionalkonferenz.
3. Außerdem sorgt sie für die Kontaktpflege zwischen den Netzwerkpartnern und weiteren regionalen Akteuren und Institutionen sowie für die inhaltliche und organisatorische Vernetzung der verschiedenen fachlichen und regionalen Aktivitäten.
4. Die Ausstattung erfolgt gemäß dem von der Lenkungsgruppe zu beschließenden Wirtschaftsplan, mindestens aber mit einer halben Stelle. Die Personalkosten werden vom Netzwerk getragen; die Arbeitsplatzkosten übernimmt die Region Hannover.

§ 9 Auflösung des Netzwerkes

1. Auf Antrag eines Netzwerkpartners kann das Netzwerk aufgelöst werden. Dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit der Stimmberechtigten. Ein Umlaufverfahren ist zulässig. Der Antrag ist drei Monate vor Beschlussfassung in der Lenkungsgruppe schriftlich der/dem Vorsitzenden vorzulegen.

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
An den Stadtbezirksrat
Kirchrode-Bemerode-Wülferode (zur Kenntnis)

Nr.	1262/2018
Anzahl der Anlagen	1
Zu TOP	

Sonderprogramm für Straßenerneuerung – Grunderneuerung im Bestand Erneuerung von Straßen im Stadtbezirk 06, Kirchrode-Bemerode-Wülferode

Antrag,

der Erneuerung des Geh- und Radweges auf der Südseite der Wülfeler Straße im Bereich der Einmündung Laatzener Straße im Rahmen des Sonderprogramms für Straßenerneuerung wie vom Bezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode mit DS 15-0446/2018 (Anlage 1) vorgeschlagen sowie dem Baubeginn ab 2019 zuzustimmen.

- Entscheidungsrecht des Verwaltungsausschusses gemäß § 76 (2) NKomVG.

Berücksichtigung von Gender -Aspekten

Im Rahmen der Planung, Bauvorbereitung und -abwicklung werden genderspezifische Belange beachtet, Frauen und Männer sind gleichermaßen betroffen.

Kostentabelle

Die finanziellen Auswirkungen sind bereits in der Beschlussdrucksache 0077/2014 dargestellt, mit der der Grundsatzbeschluss zum Programm „Grunderneuerung im Bestand“ gefasst wurde.

Begründung des Antrages

Zur Substanzerhaltung der Straßen in Hannover hat die Fachverwaltung ein Konzept erarbeitet, mit dem in vereinfachter Form ohne vorherige Neuplanung des Straßenraums Grunderneuerungen von Straßen bei deutlich reduzierten Realisierungszeiten durchgeführt werden sollen. Wesentliche Randbedingung bei der Auswahl der vorgeschlagenen Straßen ist deshalb, dass die vorhandene Querschnittsaufteilung (Gehweg, Radweg, Parken, Fahrbahn) den heutigen Anforderungen entspricht. Die Straßen werden nach der Erneuerung das gleiche Aussehen haben wie vorher, nur in einem technisch neuwertigen Zustand.

Das Programm ist mit der Beschlussdrucksache 0077/2014 grundsätzlich beschlossen worden. Eine 2. Staffel wurde durch die Stadtbezirksräte im Jahr 2015 auf den Weg gebracht.

Im Rahmen der Beratung der Ursprungsdrucksache 15-0300-2018 am 14.03.2018 im Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülfersode wurde der interfraktionelle Änderungsantrag 15-0446-2018 (s. Anlage 1) beschlossen.

Der Änderungsantrag hat zum Inhalt, dass die Forbacher Straße als lfd. Nr. 4 der vorgeschlagenen Maßnahmen aus der Liste gestrichen und nicht erneuert wird (Beschlussrecht des Bezirksrats).

Stattdessen soll der Geh- und Radweg auf der Südseite der Wülfeler Straße im Bereich der Einmündung der Laatzener Straße nach Prüfung der Eignung durch die Verwaltung in das Programm aufgenommen und erneuert werden.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich die Eignung des vorgeschlagenen Geh- und Radweges für die Aufnahme geprüft und festgestellt, dass der Geh- und Radweg aufgrund des Zustandes für das Programm geeignet ist. Umplanungsbedarf besteht ebenfalls nicht. Straßenausbaubeiträge fallen nicht an, da es sich hier um einen nicht abrechnungsfähigen Teilstreckenausbau handelt.

UVP

Das Programm sieht vor, dass die Straßen nach der Erneuerung genauso aussehen wie vorher. Das bedeutet, dass keine zusätzlichen Flächen versiegelt werden und negative Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes sowie eine Verschlechterung der Umweltverhältnisse nicht zu erwarten sind.

Umsetzung des Programms

Mit der Umsetzung des Programms wurde 2014 begonnen, 107 Straßen sind in der ersten und zweiten Stufe zur Erneuerung beschlossen. Sobald Beschlüsse zur Erneuerung weiterer Straßen im Sonderprogramm für Straßenerneuerung vorliegen, werden diese zur Umsetzung vorbereitet. Die mit dieser Drucksache vorgeschlagenen Straßen sollen ab 2019 erneuert werden.

66.3
Hannover / 23.05.2018

Herrn
Bezirksbürgermeister Bernd Rödel o.V.i.A
im Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode

Drucksachen_Nr:
15-0466/2018

über den Fachbereich Personal und Organisation
Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
OE 18.63.06 (BRB)
Trammplatz 2
30159 Hannover

07.02.2018

Änderungsantrag

gemäß §§ 12 und 32 der Geschäftsordnung des Rates der LH Hannover zu Drs. 15-0300/2018

Sonderprogramm für Straßenerneuerung – Grunderneuerung im Bestand Erneuerung von Straßen im Stadtbezirk 06, Kirchrode-Bemerode-Wülferode

zu beschließen:

1.
Der Vorschlag unter der laufenden Nr. 4 der Anlage 1 „Grunderneuerung im Bestand, nächste Maßnahmen“ wird gestrichen und damit die Forbacher Straße im Bereich von der Kirchröder Straße bis zum Wendehammer“ von dem Vorhaben ausgenommen.
2.
Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover wird aufgefordert, den Geh- und Radweg der Wülfeler Straße an der Einmündung zur Laatzener Straße auf einer Länge von ca. 60 Metern zeitnah zu sanieren und möge in diesem Zusammenhang prüfen, ob diese Sanierung als vordringliche Einzelmaßnahme in das Erneuerungspaket der Drs. 15-0300/2018 mit Baubeginn ab 2019 aufgenommen werden kann.

Begründung:

Zu 1:

Da es sich bei der Forbacher Straße um eine Straße handelt, deren Bedeutung nicht über den Stadtbezirk hinausgeht, hat der Stadtbezirksrat das Recht über eine Erneuerung oder Nicht-Erneuerung zu entscheiden. Die Anwohner der Forbacher Straße haben sich gegen eine Erneuerung der Straße zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Der Stadtbezirksrat kann eine Dringlichkeit der von der Verwaltung vorgesehenen Grunderneuerung nicht erkennen und entspricht mit einer Streichung des Vorhabens den Interessen der Bürger.

Zu 2:

Der Geh- und Radweg der Wülfeler Straße an der Einmündung zur Laatzener Straße bedarf mit seinen erheblichen Asphalt-Rissen und Unebenheiten mindestens auf dem Abschnitt, der in der angefügten Anlage rot markiert ist, einer zeitnahen Sanierung. Es bietet sich an, durch Streichung des Erneuerungsvorhabens „Forbacher Straße“ frei gewordene Mittel im Stadtbezirk dort einzusetzen, wo sie dringender benötigt werden.

CDU

SPD

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

DIE LINKE.